

Zürich, 5. Februar 2018 – Bericht über das Stadtratspodium vom 22. Januar 2018

Warum müssen StandesbeamtlInnen in der Stadt Zürich Schweizer BürgerInnen sein und welchen Handlungsspielraum hat eine Gemeinde im Umgang mit Sans-Papiers? Spannende Diskussionen und unerwartete Erkenntnisse am Podium zu den Stadtratswahlen von Secondas Zürich.

Secondas Zürich war am 22. Januar 2018 im Karl der Grosse Gastgeberin des ersten grossen Podiums im Hinblick auf die Stadtratswahlen vom 4. März 2018. Über 80 Personen sind der Einladung von Secondas Zürich gefolgt und haben an der Diskussionsrunde, die unter dem Motto «Secondas in Zürich – was wurde erreicht, was gibt es noch zu tun» stand, teilgenommen. Von den insgesamt 16 KandidatInnen für die Stadtratswahlen waren 14 vor Ort – darunter alle bisherigen Stadträtinnen und Stadträte. Moderiert wurde die Veranstaltung von Daniel Fritzsche, Redaktor bei der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ).

Diskutiert wurde in drei Gruppen mit vier bzw. fünf StadtratskandidatInnen – zu jeweils einem der drei Haupthandlungsfelder von Secondas Zürich:

- Chancengerechtigkeit & Gleichbehandlung in Ausbildung & Beruf
- Transparente, faire & zeitgemässe Einbürgerungspolitik
- Politische Mitsprache von Migrantinnen und Migranten

Diskussionsgruppe I ‚Arbeiten im multikulturellen Umfeld‘ – mit Stadtrat Richard Wolff, Stadträtin Claudia Nielsen, Stadtrat Filippo Leutenegger, Roger Bartholdi und Karin Rykart.

Gleich zu Beginn der Diskussionsrunde skizzierte Polizeivorsteher Richard Wolff seine Vision der Sicherheitskräfte in der Stadt Zürich: «wir leben in einer globalisierten Gesellschaft – die Polizei muss da vorangehen und diese Vielfalt widerspiegeln, da gehören PolizistInnen mit Migrationshintergrund selbstverständlich dazu. Und die Nennung der Nationalität von TäterInnen bringe keinen Nutzen, sondern schüre eher Vorurteile». Letzterem widersprach Roger Bartholdi vehement: «die kürzlich erfolgte Abschaffung der Nennung der Nationalität von TäterInnen ist ein Angriff auf die Transparenz, die Bevölkerung hat ein Recht auf diese Information, deshalb habe seine Partei auch eine kantonale Volksinitiative zur Wiedereinführung der Nationalitäten-Nennung lanciert». Bezüglich einer möglichen Öffnung des bewaffneten Polizeidienstes für niedergelassene AusländerInnen gab sich Stadtrat

Richard Wolff zurückhaltend, denn eine solche Neuerung brauche eine breite gesellschaftliche Diskussion und müsse intensiv mit dem Corps diskutiert und von diesem auch getragen werden. Roger Bartholdi unterstich in seinem Votum, dass die Stadtpolizei sehr gute Arbeit leiste und das Vertrauen in sie nicht mit Projekten wie beispielsweise demjenigen zum Abbau von ‚Racial Profiling‘ untergraben werden dürfe.

Karin Rykart plädierte anschliessend ausdrücklich dafür, dass die Vielfalt der Bevölkerung generell besser in der Verwaltung abgebildet werden muss, und dies nicht nur bei der Stadtpolizei – dafür wolle sie sich als Stadträtin engagieren. Karin Rykart versicherte, sie werde die kantonale Volksinitiative, damit die Staatsangehörigkeit der TäterInnen wieder durch die Stadtpolizei kommuniziert wird, sicher nicht unterschreiben. Hingegen habe sie damals das Postulat mitunterzeichnet, welches nun umgesetzt wurde. Die Angabe der Nationalität bringe keinerlei Erklärung bezüglich des Delikts. Vielmehr stünden diese in einem Zusammenhang mit Armut, tiefen Bildungsniveau und anderen gesellschaftlichen Faktoren.

Gesundheitsvorsteherin Claudia Nielsen schloss sich dieser Aussage an und betonte, man dürfe die Diskussion nicht so stark auf die Polizei fokussieren. So seien gerade die städtischen Spitäler und Altersheime in starkem Mass auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen, verfügten doch im Gesundheits- und Umweltsdepartement (GUD) insgesamt 2'200 der 7'000 Mitarbeitenden nicht über einen Schweizer Pass. Das GUD könnte ohne MigrantInnen seine Aufgaben gar nicht wahrnehmen – auch ein Grund weshalb man stark auf Ausbildung setze und für rund 2/3 der städtischen Lernenden verantwortlich zeichne.

Basierend auf den Erfahrungen eines Arbeitseinsatzes von Asylsuchenden im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED) kritisierte dessen Vorsteher Filippo Leutenegger, dass die Asylverfahren generell viel zu lange dauerten und es ausserdem hohe Hürden für den Eintritt in den Arbeitsmarkt gebe. Das wirke auf die betroffenen Menschen demotivierend und sei für die Integration und ein eigenständiges Leben hinderlich. Stadtrat Filippo Leutenegger forderte Kanton und Bund deshalb zum Handeln auf, der Stadt Zürich seien hier leider die Hände gebunden.

Diskussionsgruppe II ‚Einbürgerungspolitik und Integration in einer Stadt mit 33% AusländerInnen‘ – mit Stadtpräsidentin Corine Mauch, Stadtrat Raphael Golta, Susanne Brunner und Claudia Rabelbauer.

Die im Sommer 2017 lancierte Informationskampagne, bei der rund 40'000 AusländerInnen in der Stadt Zürich, die die Wohnsitzfristen für eine Einbürgerung erfüllten, angeschrieben und auf die Möglichkeit den Schweizer Pass zu erwerben aufmerksam gemacht wurden, wurde von den DiskutantInnen sehr unterschiedlich beurteilt: Auf der einen Seite kritisierte Susanne Brunner die Aktion, denn die eidgenössischen Räte hätten eine Gesetzesänderung beschlossen, zu deren Umgehung Frau Mauch aufgefordert habe. Dies verstosse gegen Treu und Glauben und missachte unsere demokratischen Regeln. . Auf der anderen Seite betonte Stadtpräsidentin Corine Mauch, es habe sich keinesfalls um eine Dumping-Aktion gehandelt, denn 93% der angeschriebenen Personen hätten über eine C-Bewilligung verfügt und könnten somit auch 2018 oder später jederzeit ein Einbürgerungsgesuch einreichen.

Klar ist das Resultat der Informationskampagne: Die Anzahl Einbürgerungsgesuche in der Stadt Zürich lag 2017 um einen Drittel höher als in den Jahren zuvor.

Sowohl Sozialvorsteher Raphael Golta als auch Claudia Rabelbauer begrüßten die Einbürgerungsaktion von 2017 und unterstrichen in ihren Voten die zentrale Bedeutung von Bildung und gute Deutschkenntnissen: «Für mich ist das Projekt ‚fit für den Kindergarten‘, mit dem die Deutschkenntnisse von Kindern im Vorkindergartenalter durch den Besuch von Krippen und Spielgruppen verbessert werden, genau der richtige Ansatz» führte Claudia Rabelbauer aus. Damit würden die Chancen auf eine erfolgreiche Schulkarriere verbessert und hoffentlich werde dies bald auch dazu führen, dass Kinder aus MigrantInnen-Familien am Gymnasium nicht mehr so stark untervertreten seien - dafür wolle sie sich als Stadträtin einsetzen. Stadtrat Raphael Golta nahm diesen roten Faden auf und spann ihn weiter: «Wir müssen auch an diejenigen Jugendlichen denken, die in einem Alter in die Schweiz kommen, in dem sie bei uns nicht mehr schulpflichtig sind und somit drohen, durch alle unsere Strukturen zu fallen, was zu einer ganzen Reihe Probleme führen kann», er plädierte deshalb dafür, mit den Bildungsanstrengungen nach der Schulpflicht nicht einfach aufzuhören. Es brauche hier massgeschneiderte Angebote für junge Erwachsene, damit diese mittelfristig ein selbständiges Leben führen könnten.

Die Positionen im Umgang mit Sans-Papiers in der Stadt Zürich waren dann wiederum unterschiedlich: Während Stadtpräsidentin Corine Mauch für eine Legalisierung auf Bundesebene plädierte und gegebenenfalls auch kommunale Initiativen prüfen würde, unterstrich Susanne Brunner in ihrem Votum, dass die übergeordneten Gesetze von der Stadt Zürich strikt einzuhalten seien, und Alleingänge wie die mögliche Ausstellung von alternativen Identitätsausweisen auf keinen Fall toleriert werden dürften. Einig war sich die Diskussionsrunde allerdings in der Einschätzung, dass die Rechtslage im Bereich Sans-Papiers sehr komplex ist – weshalb die Stadtverwaltung eine Analyse in Auftrag gegeben hat, die klären soll, ob es auf kommunaler Ebene überhaupt einen Handlungsspielraum im Umgang mit dieser heiklen Frage gibt. Immerhin sollen gemäss Schätzungen bis zu 14'000 Sans-Papiers unter uns in der Stadt Zürich leben.

Diskussionsgruppe III ‚Mitsprache im gesellschaftlichen Alltag und politische Partizipation in der Grossstadt Zürich‘ – mit Stadtrat André Odermatt, Stadtrat Daniel Leupi, Michael Baumer, Andreas Hauri und Markus Hungerbühler.

Andreas Hauri stieg mit der Aussage in die dritte Diskussionsrunde ein, dass «es egal ist, welche Nationalität jemand hat, und dass alle die gleichen Rechte haben sollen; auch das Recht an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen.» Flankierend zu den formellen Rechten, gelte es, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen und die Bevölkerung ganz generell und losgelöst von Nationalitäten an Diskussionen zu aktuellen gesellschaftlichen Themen partizipieren zu lassen. Sowohl der Hochbauvorsteher André Odermatt als auch Markus Hungerbühler unterstützten die Forderung nach einem kommunalen Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen, denn gerade auf Gemeindeebene würden ja ganz praktische Dinge wie Schulhausbau entschieden, die die MigrantInnen genau gleich betreffen wie Schweizer BürgerInnen. Stadtrat André Odermatt unterstrich dabei ausdrücklich, das aktuelle demokratiepolitische Problem, dass in der Stadt Zürich rund ein Drittel der Bevölkerung zwar Steuern bezahlen muss, bei der Verwendung der Gelder dann aber nicht mitsprechen darf.

Vor diesem Hintergrund engagierte sich Markus Hungerbühler dafür, bei der politischen Partizipation auch kreativ nach Alternativen zu suchen. Gerade die von Secondas Zürich ausgearbeitete und im Gemeinderat von mehreren Fraktionen eingereichte Motion zur Einführung einer AusländerInnen-Initiative, bei der 50 in der Stadt Zürich wohnhafte AusländerInnen analog zur Einzelinitiative ein Anliegen direkt ins Stadtparlament einbringen können, sei dabei ein sehr gutes Instrument. Im Hinblick auf die Sans-Papiers-Problematik empfahl Markus Hungerbühler von der Romandie zu lernen, wo sich im Kanton Genf das Projekt ‚Papyrus‘ zur Regularisierung von gut integrierten Sans-Papiers vielversprechend entwickle.

In seiner Eigenschaft als oberster städtischer Personalchef machte sich Finanzvorsteher Daniel Leupi für eine aktive Personalpolitik stark. Im Moment verfügten rund 18% der städtischen Angestellten nicht über einen Schweizer Pass – hier könne die Stadt also gut noch etwas zulegen, was bei Neueinstellungen und den Lernenden auch gemacht werde. Bezüglich der Frage, weshalb StandesbeamtInnen über das Schweizer Bürgerrecht verfügen müssten, konnte Stadtrat Daniel Leupi den Sachverhalt zwar bestätigen – welche Überlegungen oder übergeordneten Gesetze allerdings zu dieser Regelung geführt haben, konnte in der Diskussionsrunde nicht mehr abschliessend eruiert werden.

Eine Lanze für die klassischen schweizerischen Polit-Netzwerke brach schliesslich Michael Baumer. «In meiner Partei dürfen Ausländer alles: Mitglied werden, in den Vorständen Platz nehmen, als Delegierte amtieren – und natürlich alle ihre Ideen und Vorschläge auf allen Ebenen einbringen.» Zudem unterstrich Michael Baumer die Möglichkeit und auch die Wichtigkeit gerade für AusländerInnen, sich in Quartiervereinen und anderen ehrenamtlichen Organisationen zu engagieren, da diese in der direkten Demokratie eine bedeutende Rolle spielten und gerade in der Gemeindepolitik viele Entscheidungen massgeblich prägten. Stadtrat Daniel Leupi fügte diesem Votum bei, dass die von Michael Baumer zitierte Praxis in seiner Partei bereits seit dreissig Jahren Usus sei.

Abschliessend lässt sich noch feststellen, dass 10 von 14 Stadtratskandidierende einen Migrationshintergrund haben, und somit den Städtzürcher Bevölkerungsmix durchaus repräsentieren.

Aufgezeichnet von:

Isabel Garcia, Präsidentin Secondas Zürich, Mobile: 079 652 85 19

Përparim Avdili, Mitglied des Vorstands von Secondas Zürich, Mobile: 079 399 15 11